

**JU**JUNGE UNION  
RODGAUVanessa Koller  
stellv. Vorsitzende

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **„Sachlich bleiben!“: Junge Union weist haltlose Kritik gegen Plakat zurück**

Nach der öffentlichen Diskussion um die gewählte Formulierung auf einem Wahlbanner der CDU in Hainhausen appelliert die Junge Union Rodgau, sich sachlich mit dem Thema des sozialen Wohnungsbaus in Rodgau auseinander zu setzen. „Ein paar Worte auf einem Plakat können nie die ganze Tiefe eines Themas darstellen“, erklärt Max Breitenbach, Vorsitzender der Jungen Union. Die Junge Union Rodgau ist, ebenso wie die CDU, grundsätzlich nicht gegen sozialen Wohnungsbau. Ganz im Gegenteil: Schaffung von Wohnraum für alle Menschen in Rodgau genießt höchste Priorität. „Das steht nicht nur in unserem Wahlprogramm, das ist uns ein ehrliches Anliegen, schließlich sind gerade wir junge Menschen auf bezahlbare Wohnungen angewiesen“, betont Max Breitenbach.

Allerdings möchte die Junge Union, die besonders Menschen im Alter zwischen 16 und 35 Jahren vertritt, auf die möglichen Schwachstellen des geplanten Vorgehens hinweisen. Schließlich sind es genau die jungen Menschen, die auch noch in 50 Jahren hier wohnen. Also: Sozialen Wohnraum schaffen ja, allerdings eingebettet in ein Rodgauer Gesamtkonzept. Das heißt konkret: soziale Wohnflächen sollen flächendeckend in allen Stadtteilen Rodgaus entwickelt werden und nicht zentral an dieser Stelle. Ziel muss es sein, dass die hohe Wohn- und Lebensqualität in Rodgau erhalten bleibt und eine Zentralisierung einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger verhindert wird.

Wenn das Baugebiet aber, wie aller Voraussicht nach geplant, in die Hand eines einzelnen Investors aus Frankfurt gegeben wird, dann ist die Entstehung eines sozialen Brennpunkts nicht auszuschließen. Das wäre nicht nur für die ganze Stadt unvorteilhaft, sondern würde auch nicht den ausgeglichenen und bunt durchmischten Charakter Rodgaus widerspiegeln. „Die Stadt Rodgau hat hier dann keinen Handlungsspielraum mehr und genau das ist gefährlich. Man ist der Handhabe der Frankfurter Gesellschaft schlichtweg ausgeliefert. Die Entscheidungen trifft Frankfurt, damit leben müssen die Rodgauer Bürgerinnen und Bürger“, so die Junge Union abschließend.

**Rodgau, 03.03.2016**